



Auslagerung von Grenzen

Überwachung der EU-Externalisierungspolitik

Bulletin 3
14. Oktober 2024

"Das Einzige, was noch schlimmer ist, als blind zu sein, ist zu sehen, aber keine Vision zu haben.

Helen Keller

Inhalt

Über dieses Bulletin 2

Redaktion 2

Thematische und regionale Entwicklungen 4

 Grenzverwaltung 4

 Budgets und Finanzierung 6

 Konditionalität 7

 Abschiebung und Rückübernahme 8

 Migrationspartnerschaften..... 11

 Sonstiges..... 13

Die Ursachen der Katastrophe ignorieren: die EU und der Sudan..... 19

EU-Unterstützung für gewalttätige und autoritäre Regime: kein Ende in Sicht..... 24

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Über dieses Bulletin

Das von *Statewatch* und *migration-control.info* durchgeführte und von *Brot für die Welt*, *Misereor*, *medico international* und *Pro Asyl* geförderte Projekt hat zum Ziel, die Externalisierungspolitik, -pläne und -praktiken der EU öffentlich zu machen. Auf diese Weise sollen die Auswirkungen auf die Rechte von Menschen auf der Flucht sowie auf demokratische Standards, Transparenz und Rechenschaftspflicht aufgezeigt werden. Sie behebt den Mangel an öffentlichen Informationen durch die Veröffentlichung relevanter EU-Dokumente, in dieser Phase vor allem solcher, die vom Rat der EU erstellt oder erörtert wurden. Außerdem wird die Informationsflut, die sich aus einer Vielzahl von EU-Institutionen, Arbeitsgruppen und nationalen Regierungen ergibt, die an der Externalisierungsagenda beteiligt sind, durch eine Zusammenfassung thematischer und regionaler Entwicklungen und eine eingehende Analyse von Schlüsselthemen bewältigt.

Redaktion

Die EU-Institutionen sind nach der traditionellen Sommerpause wieder zum Leben erwacht, und die Externalisierung der Migrationskontrolle steht nach wie vor auf der Tagesordnung - nicht dass es jemals Zweifel daran gegeben hätte, dass sie von der Tagesordnung verschwinden würde.

Seit dem 1. Juli hat die ungarische Regierung den Ratsvorsitz inne. Dies ist zwar bis zu einem gewissen Grad eine symbolische Position, aber der Mitgliedstaat, der den Vorsitz innehat, verfügt auch über ein sechsmonatiges Zeitfenster, in dem er für seine politischen Präferenzen werben kann.

Trotz ihrer erklärten Abneigung gegen "Brüssel" sind die ungarischen Behörden offensichtlich mehr als bereit, die dortigen Strukturen zu nutzen, um immer strengere Maßnahmen zur Migrationskontrolle durchzusetzen. Dies wird in den Dokumenten, die mit diesem Bulletin veröffentlicht wurden, laut und deutlich deutlich. In den Papieren des Ratsvorsitzes werden neue Maßnahmen zur Verstärkung von Abschiebungen, engere Partnerschaften zur Migrationskontrolle mit Nicht-EU-Staaten, strengere Visasanktionen und eine Vielzahl anderer Initiativen gefordert.

Natürlich verleiht dies in vielerlei Hinsicht den seit langem bestehenden politischen Prioritäten der EU lediglich einen ungarischen Touch. Das Orbán-Regime wird zweifellos auch durch die beunruhigenden Wahlerfolge der Rechtsextremen in der gesamten EU ermutigt. Die Regierungen der Mitgliedstaaten mit vermeintlich unterschiedlicher politischer Couleur schlagen neue, harte Maßnahmen gegen die Migration vor. Egal, wer an der Macht ist, es ist wahrscheinlich, dass sie die Migranten zum Sündenbock machen werden.

Die negativen Auswirkungen dieser Politik bleiben nicht unerkannt. Die EU ist kein Monolith. Ihre eigenen Institutionen sind sich bewusst, dass die weitere Unterstützung und Zusammenarbeit mit Tunesien in der Migrationspolitik "ein zunehmend schwieriges Gleichgewicht zwischen der Glaubwürdigkeit der EU in Bezug auf ihre Werte und ihrem Interesse an einem konstruktiven Engagement erfordern wird". Der Bericht kommt jedoch

auch zu dem Schluss, dass die Zusammenarbeit vertieft werden muss. Die "europäischen Werte" werden bei diesem vermeintlichen Balanceakt immer mehr in den Hintergrund gedrängt.

Die Analysen in dieser Ausgabe unterstützen diese Behauptung leider. In einem Papier des ungarischen Ratsvorsitzes zum zentralen Mittelmeerraum werden die politische Unterdrückung und die gewaltsamen Übergriffe, denen Bürger und Migranten in Tunesien, Ägypten und Libyen ausgesetzt sind, mit keinem Wort erwähnt. Ein Papier des vorangegangenen belgischen Ratsvorsitzes zur Lage im Sudan ist nach Ansicht unserer Korrespondenten entweder blind oder ignoriert bewusst die Art und Weise, in der die oberste politische Priorität der EU - die Eindämmung von Flüchtlingen - die Möglichkeiten, einen sinnvollen Beitrag zu einer friedlichen Lösung des katastrophalen Konflikts im Land zu leisten, außer Kraft setzt.

Das soll nicht heißen, dass die EU keine humanitäre Unterstützung für die Region geleistet hat: Geld, und zwar sehr viel, ist in den Tschad, den Südsudan und andere Länder in der Region geflossen, die die große Mehrheit der Menschen aufnehmen, die aus dem Sudan fliehen mussten. Aber es ist auch so, dass die EU mit ihren Hilfs- und Entwicklungsgeldern neben den bestehenden Grenz- und Migrationsfonds zunehmend ihre Agenda zur Migrationskontrolle unterstützt.

Über die Koordinierungsgruppe für Migration, ein geheimnisvolles Gremium, das Ende 2021 eingerichtet wurde, versuchen die EU und die Mitgliedstaaten, ihre Ausgaben für externe Migration zu koordinieren. Allerdings gibt es praktisch keine öffentlichen Informationen über die Gruppe, abgesehen von einigen verstreuten Verweisen auf sie in obskuren Dokumenten.

Wir haben bisher die Tagesordnungen aller Sitzungen der Gruppe erhalten, die mit diesem Bulletin veröffentlicht werden. Sie verraten nicht viel, aber sie zeigen, wie "harte" und "weiche" Maßnahmen in der politischen Palette der EU nebeneinander stehen.

Im Juni 2023 erörterte die Gruppe ein Projekt zur Unterstützung der ägyptischen Küstenwache und des Grenzschutzes mit Überwachungs- und Such- und Rettungsausrüstung. Einen Monat später stand die "Unterstützung des Tschad, des Südsudan und Äthiopiens bei der Bewältigung der Vertreibungssituation im Sudan" auf der Tagesordnung. Die von uns angeforderten Dokumente sollen mehr Aufschluss über diese und andere Projekte geben.

Nächstes Jahr werden wahrscheinlich die Vorschläge für die nächste Runde des EU-Haushalts veröffentlicht werden. Es wird erheblicher Druck auf die Aufstockung der Mittel für Migration und Grenzkontrollen an den Grenzen der EU und darüber hinaus ausgeübt werden. Es muss dringend verhindert werden, dass noch mehr öffentliche Mittel in schädliche und kontraproduktive Maßnahmen und Projekte fließen.

Ein besseres Verständnis dieser Politiken, Projekte und der Gremien, durch die sie vorangetrieben werden, kann eine Schlüsselrolle im Kampf für eine gerechtere und humanere Migrations- und Asylpolitik spielen. Wie immer hoffen wir, dass dieses Bulletin zu diesem Verständnis beitragen kann. Wissen ist nicht automatisch gleichbedeutend mit Macht, aber es ist dafür unerlässlich.

- Chris Jones, *Statewatch*

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Thematische und regionale Entwicklungen

Die nachstehend zusammengefassten Dokumente wurden für fünf Arbeitsgruppen des Rates der EU erstellt oder von diesen erörtert:

- Arbeitsgruppe "Externe Aspekte der Migration" (EMWP)
- Strategischer Ausschuss für Grenzfragen, Einwanderung und Asyl (SCIFA)
- Arbeitsgruppe "Visa"
- Arbeitsgruppe "Grenzen"
- Arbeitsgruppe "Integration, Migration und Vertreibung" (IMEX)

Sie enthält auch Dokumente, die vom Operativen Mechanismus für die externe Dimension der Migration (MOCADDEM) und der Koordinierungsgruppe für Migration, in der Vertreter der Europäischen Kommission und der Mitgliedstaaten zusammenkommen, erstellt oder erörtert wurden.

Alle hier zusammengefassten Dokumente und weitere finden Sie in unserem [Dokumentenarchiv](#), das auch Abschnitte über den Europäischen Rat und den Rat "Justiz und Inneres" enthält.

Inhalt

- Grenzverwaltung
- Budgets und Finanzierung
- Konditionalität
- Abschiebung und Rückübernahme
- Migrationspartnerschaften
- Andere

Grenzverwaltung

[Aktuelle Lösungen und Neuerungen im Bereich der integrierten Grenzverwaltung - Diskussionspapier](#)

- Wichtige Punkte:
 - fordert "besondere Aufmerksamkeit für die Stärkung unserer Außengrenzen" durch "modernste Lösungen im Bereich des integrierten Grenzschutzes".
 - Der ungarische Ratsvorsitz möchte Informationen und Wissen über neue Technologien mit den Mitgliedstaaten, Frontex und anderen Akteuren teilen
 - Ein konkreter Vorschlag ist, dass der Vorsitz ein "Kompendium" der verschiedenen in den Mitgliedstaaten angewandten "Lösungen" erstellt
- Autor: Kommende ungarische Ratspräsidentschaft der EU

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- An: [Arbeitsgruppe "Grenzen"/Gemischter Ausschuss](#) (EU-Island/Liechtenstein/Norwegen/Schweiz)
- Datum des Dokuments: 27. Juni 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 11335/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Frontex-Bewertung der Anfälligkeit - Halbjahresbericht 1/2024 - Diskussionspapier

- Wichtige Punkte:
 - Seit die Frontex-Verordnung 2019 in Kraft getreten ist, muss die Agentur "Schwachstellenbewertungen" der Außengrenzen der Mitgliedstaaten durchführen
 - Mit diesem Dokument soll eine Diskussion zwischen den Delegationen über den jüngsten Bericht von Frontex eingeleitet werden, der als RESTRICTED eingestuft ist und noch nicht öffentlich zugänglich ist.
- Autor: Kommende ungarische Ratspräsidentschaft der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Grenzen"/Gemischter Ausschuss](#) (EU-Island/Liechtenstein/Norwegen/Schweiz)
- Datum des Dokuments: 27. Juni 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 11338/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Arbeitsprogramm des ungarischen Ratsvorsitzes (Arbeitsgruppe "Grenzen")

- Wichtige Punkte:
 - Fokus auf "Starke europäische Grenzen, ein krisenfestes System", eine der drei innenpolitischen Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes
 - Zu den Prioritäten in diesem Bereich gehören "Innovation und Stand der Technik", IT-Großsysteme und Digitalisierung sowie "Frontex-Produkte".
 - Eine Seite der Präsentation wird gelöscht
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Grenzen"](#)
- Datum des Dokuments: 12. Juli 2024
- Dokument Nummer: [WK 10075/2024 INIT](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Budgets und Finanzierung

Tagesordnungen der Koordinierungsgruppe für Migration im Rahmen des NDICI-GE und der bilateralen Fonds der EU-Mitgliedstaaten

21 Tagesordnungen der Sitzungen von Dezember 2021 bis April 2024:

- 3. Dezember 2021
- 18. Februar 2022
- 1. April 2022
- 17. Juni 2022
- 19. Oktober 2022
- 16. November 2022
- 24. November 2022
- 25. Januar 2023
- 30. März 2023
- 4. Mai 2023
- 2. Juni 2023
- 4. Juli 2023
- 27. Juli 2023
- 18. Dezember 2023
- 6. Februar 2024
- 11. März 2024
- 12. April 2024
- 22. Mai 2024
- 12. Juni 2024
- [Region Chargui - Unterstützung der Konfliktprävention und des sozialen Zusammenhalts \(Ares\(2024\)5425698\)](#)
 - Ein vom NDICI - Global Europe Rapid Response Pillar finanziertes 2-Euro-Projekt
 - "Diese 18-monatige Sonderhilfemaßnahme dient der Konfliktverhütung und -bewältigung durch Stärkung des sozialen Zusammenhalts zwischen Aufnahmegemeinschaften, Flüchtlingen und Rückkehrern. Im Einklang mit dem integrierten Ansatz der EU bei externen Konflikten und Krisen wird die Maßnahme die wirtschaftliche und

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

ökologische Widerstandsfähigkeit der Aufnahmebevölkerung und der Flüchtlinge außerhalb der Lager in der Region Hodh El Chargui verbessern und insbesondere die Konsolidierung von Mechanismen zur Konfliktverhütung, -lösung und -bewältigung im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen unterstützen, insbesondere durch partizipative Planungen auf Gemeindeebene und deren Umsetzung, um den Zugang der Bevölkerung zu grundlegenden sozialen Dienstleistungen zu verbessern.

- 9. Juli 2024
- 29. Juli 2024

Konditionalität

Auf dem Weg zu einer zweiten Generation des Visae erleichterungsabkommens? Überblick und weiteres Vorgehen

- Wichtige Punkte:
 - Nur fünf der 13 bestehenden Visae erleichterungsabkommen sind vollständig anwendbar
 - Die Präsidentschaft schlägt den Übergang zu einer neuen "Generation" von VFAs vor
 - Enthält Vorschläge für neue Beschränkungen, z. B. die Möglichkeit, ein VFA aus Gründen der nationalen Sicherheit auszusetzen oder VFAs von der Anpassung von Drittländern an die EU-Außenpolitik abhängig zu machen
- Autor: Belgische Präsidentschaft des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Visa"](#)
- Datum des Dokuments: 15. Mai 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdok. 9887/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Vorschlag für eine DURCHFÜHRUNGSENTSCHEIDUNG DES RATES über die Aussetzung einiger Bestimmungen der Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf Somalia

- Wichtige Punkte:
 - Vorschlag zur Einführung von Einschränkungen und Begrenzungen bei der Erteilung von Schengen-Visa an somalische Staatsangehörige
 - Der Vorschlag ist eine Reaktion auf die "unzureichende" Zusammenarbeit Somalias bei EU-Abschiebungen

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- In dem Vorschlag wird klargestellt, dass es für somalische Staatsangehörige, die ein Schengen-Visum beantragen oder erhalten, bereits strenge Beschränkungen gibt - so erkennen beispielsweise "sechs Mitgliedstaaten kein von Somalia ausgestellttes Reisedokument an, und weitere sieben erkennen nur Diplomaten- oder Dienstpässe an".
- Autor: Europäische Kommission
- An: [Arbeitsgruppe "Visa"](#)
- Datum des Dokuments: 23. Juli 2024
- Nummer des Dokuments
 - Kommissionsdokument KOM(2024) 324 endgültig/2
 - [Ratsdokument 12536/1/24 REV 1](#)
- Einstufung: Keine

Abschiebung und Rückübernahme

Hin zu einer durchsetzungsfähigeren Rückgabepolitik

- Wichtige Punkte:
 - stellt fest, dass die "außergewöhnliche" Situation "außergewöhnliche Reaktionen mit der erforderlichen Rechtsgrundlage erfordert, wobei auch innovative, "unkonventionelle" Lösungen zur Bewältigung gemischter Migrationsströme in Betracht gezogen werden müssen".
 - Um die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen, "muss das politische Instrumentarium erweitert werden", indem die Handelspolitik, "eine strategischere Nutzung der EU-Außenfinanzierung" und die Verknüpfung von Migration und anderen außenpolitischen Maßnahmen der EU genutzt werden.
 - stellt fest, dass Drittländer "Vermittlungsdienste" anbieten können, um die Abschiebung von straffällig gewordenen Personen in Länder wie Syrien und Afghanistan zu unterstützen, und weist gleichzeitig darauf hin, dass Drittländer auch als "Rückführungszentren" für die EU dienen können
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: Ausschuss der Ständigen Vertreter
- Datum des Dokuments: 9. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 13129/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Effizientere Rückkehrsysteme: Herausforderungen im Zusammenhang mit der öffentlichen und nationalen Sicherheit - Diskussionspapier des Vorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - berichtet über eine Reihe von Initiativen, die ergriffen wurden oder über die diskutiert wird, um Abschiebungen zu verstärken
 - Der Schwerpunkt liegt auf den "Herausforderungen im Zusammenhang mit der öffentlichen Sicherheit und der nationalen Sicherheit durch Personen, die nicht zurückgeführt werden können", und bereitet eine Diskussion auf der SCIFA-Sitzung am 27. September vor.
 - Die Delegationen werden gefragt, ob sie sich EU-Maßnahmen zur Abschiebung von Personen vorstellen können, die ein Sicherheitsrisiko darstellen, "die aus sensiblen Drittländern kommen", und wie die EU-Agenturen einbezogen werden könnten
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Strategischer Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen](#)
- Datum des Dokuments: 13. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 13170/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

EU-Visumpolitik - Bewertung des Visakodexes

- Wichtige Punkte:
 - Bewertung des EU-Visakodex durch die Europäische Kommission
 - Im Februar 2020 trat eine reformierte Fassung des Kodex in Kraft
 - Ein Thema, das in dem Bericht untersucht wird, ist die Zusammenarbeit bei der Rückübernahme
- Autor: Europäische Kommission
- An: Generalsekretär des Rates der EU
- Datum des Dokuments: 19. April 2024
- Dokument Nummer:
 - Dokumente des Rates: [6253/24](#), [ADD 1](#) und [ADD 2](#)
 - Dokument der Kommission: SWD(2024) 108 endgültig, SWD(2024) 109 endgültig, SEC(2024) 146 endgültig
- Einstufung: keine

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Diskussionspapier des Vorsitzes über Schritte zu einem gut funktionierenden Rückkehrsystem

- Wichtige Punkte:
 - stellt fest, dass die Verhandlungen über eine Neufassung der Rückführungsrichtlinie "ins Stocken geraten" sind und die Zahl der Abschiebungen aus der EU "deutlich unter dem erwarteten Niveau bleibt".
 - Das Papier soll auf den Diskussionen in der ersten Hälfte des Jahres 2024 aufbauen, "um mögliche Richtungen aus einer eher operativen Perspektive zu untersuchen".
 - Im Mittelpunkt des Dokuments steht die Frage, wie die "Rückkehr von Personen, die ein Sicherheitsrisiko darstellen", gewährleistet und beschleunigt werden kann.
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Integration, Migration und Ausweisung" \(IMEX-Ausweisung\)](#)
- Datum des Dokuments: 18. Juli 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 12149/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Bewertung des Umfangs der Zusammenarbeit der Drittländer bei der Rückübernahme im Jahr 2023

- Wichtige Punkte:
 - Jährlicher Bericht, anhand dessen entschieden wird, ob Länder wegen mangelnder Kooperation bei Abschiebungen aus der EU mit Visasanktionen belegt werden sollten
 - Enthält Bewertungen von mehr als 30 Staaten
 - [Wie Statewatch berichtet](#), fordert der Bericht erneute Anstrengungen zur Beschleunigung der Abschiebe- und Rückübernahmeverfahren, um die in der neuen EU-Migrationsgesetzgebung festgelegten Fristen einzuhalten
- Autor: Europäische Kommission
- An: Generalsekretär des Rates der EU
- Datum des Dokuments: 23. Juli 2024
- Dokument Nummer:
 - [Ratsdokument 11797/24](#)
 - Kommissionsdokument KOM(2024) 340 endgültig

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- Einstufung: RESTRIKTIV/BESCHRÄNKT

Informationen des Ratsvorsitzes über ein Pilotprojekt zur gegenseitigen Anerkennung von Rückkehrentscheidungen

- Wichtige Punkte:
 - Neue Rechtsvorschriften, die 2023 in Kraft treten, ermöglichen es, Ausschreibungen von Rückführungsentscheidungen in das Schengener Informationssystem einzustellen, so dass sie für alle Mitgliedstaaten sichtbar sind
 - Diese Praxis, mit der die gegenseitige Anerkennung von Rückführungsentscheidungen zwischen den Mitgliedstaaten sichergestellt werden soll, ist "im Allgemeinen wirksam", aber "in einigen Fällen noch unzureichend in Bezug auf Aktualität und Angemessenheit".
 - Der ungarische Ratsvorsitz startet daher zwischen dem 18. August und dem 18. November ein Pilotprojekt, um die Situation zu ändern, das in dem Dokument
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Integration, Migration und Ausweisung" \(IMEX-Ausweisung\)](#)
- Datum des Dokuments: 18. August 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument WK 10475/24 INIT](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Migrationspartnerschaften

Die aktuelle Lage im Sudan und ihre Auswirkungen auf die Region - Papier des Vorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - Trotz des enormen Ausmaßes der durch den Konflikt im Sudan verursachten Katastrophe war die Zahl der sudanesischen Staatsbürger, die zwischen April 2023 und Mai 2024 in die EU kamen, mit 8.162 "relativ" gering.
 - Das Dokument beschreibt die Situation der Vertriebenen, deren Zahl in die zweistellige Millionenhöhe geht, sowohl im Sudan als auch in Nachbarländern wie dem Tschad und Ägypten
 - Das Dokument enthält keine Empfehlungen oder Vorschläge für EU-Maßnahmen, sagt aber, dass die Situation im Sudan "mehr Aufmerksamkeit verdient".
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- An: [Arbeitsgruppe "Externe Aspekte von Asyl und Migration" \(EMWP\)](#)
- Datum des Dokuments: 11. Juli 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 11375/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Die aktuelle Migrationssituation in Afghanistan - Papier der Präsidentschaft

- Wichtige Punkte:
 - erörtert die Lage in Afghanistan nach der Machtübernahme durch die Taliban im Jahr 2021 und stellt fest, dass es "viele Anzeichen" dafür gibt, dass sich das Land "zu einem theokratischen Polizeistaat entwickelt"
 - Kurzer Überblick über die wirtschaftliche und humanitäre Lage, bevor die "Auswirkungen der Migration" und die Reaktion der EU (einschließlich Zahlen zur Finanzierung) untersucht werden, sowie ein relativ ausführlicher Abschnitt über die Aktivitäten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz
 - Die erste der beiden Fragen, mit denen das Papier endet, befasst sich mit "der Situation afghanischer Migranten, einschließlich Strafsachen", was darauf hindeutet, dass die Hauptsorge den Afghanen in der EU gilt
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Externe Aspekte von Asyl und Migration" \(EMWP\)](#)
- Datum des Dokuments: 16. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 12991/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Überblick über die Zentral-Mittelmeer-Route - Papier des Vorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - Ägypten, Libyen und Tunesien sind Länder "von herausragender Bedeutung", und die libyschen und tunesischen Behörden haben mit ihren Bemühungen zur Bekämpfung des Schmuggels und zum Schutz der Grenzen einen wichtigen Beitrag zur Begrenzung der Ausreisen geleistet.
 - Nach dem EU-Ägypten-Abkommen vom März 2024 hat die ägyptische Seite noch kein Interesse am Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zu Migration und Mobilität gezeigt" und scheint nicht an einem Abkommen mit Europol interessiert zu sein, aber die technischen Arbeiten" gehen weiter

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- In dem Dokument wird auch die Zusammenarbeit mit Tunesien gelobt, aber ein mangelndes Interesse an der Unterzeichnung eines Abkommens mit Europol festgestellt
- Zwei EU-Missionen sind in diesem Jahr nach Libyen gereist, wo sie "eine umfassende Migrationsagenda" erörtert haben, und in dem Dokument heißt es, dass die Zusammenarbeit auch die "Verhinderung der Abreise" umfassen könnte.
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Externe Aspekte von Asyl und Migration" \(EMWP\)](#)
- Datum des Dokuments: 15. Juli 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 11373/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Situation der Migrationsströme auf der westlichen Mittelmeer- und Atlantikroute - Papier des Vorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - die Rolle des Staates bei der Entstehung gefährlicher Reisen anzuerkennen: "...angesichts der verstärkten Kontrollen in der Straße von Gibraltar und an der Mittelmeerküste versuchen Migranten oft, von schwer zugänglichen Felsküsten aus aufzubrechen und müssen versteckte, unzugängliche Orte zum Anlegen wählen, was das Risiko von Unfällen auf See erhöht."
 - Das Dokument macht jedoch in erster Linie die Schleuser für die Gefahr verantwortlich, die von den Menschen bei der Überfahrt ausgeht
 - Das Dokument gibt einen kurzen Überblick über die Zusammenarbeit mit Marokko, Algerien und Mauretanien, einschließlich Informationen über Finanzierungen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Externe Aspekte der Migration und des Asyls" \(EMWP\)](#)
- Datum des Dokuments: 13. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 12988/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Aktueller Stand der externen Zusammenarbeit im Bereich der Migrationspolitik

- Wichtige Punkte:

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- Ein umfangreiches Dokument, das regelmäßig aktualisiert und an die Delegationen im Rat verteilt wird
- Sie enthält eine Liste von Treffen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit bilateralen Dialogen zwischen der EU und anderen Staaten sowie der Beteiligung der EU an multilateralen Prozessen
- Nützlich für die Identifizierung von Sitzungen und Veranstaltungen, für die Anträge auf Zugang zu Dokumenten gestellt werden können
- Autor: Kommissionsdienststellen
- An: [Arbeitsgruppe "Externe Aspekte von Asyl und Migration" \(EMWP\)](#)
- Datum des Dokuments: 15. Juli 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 11374/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Andere

Vorübergehend Schutzberechtigte in der EU - Diskussionspapier des Vorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - nimmt die erheblichen Anstrengungen zur Kenntnis, die unternommen wurden, um die ukrainischen Flüchtlinge, die unter die Richtlinie über vorübergehenden Schutz fallen, aufzunehmen
 - In dem Papier geht es vor allem um "künftige Entscheidungen zur Gestaltung des Übergangs aus dem vorübergehenden Schutz".
 - Diskussion auf der SCIFA-Sitzung am 27. September
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Strategischer Ausschuss für Einwanderungs-, Grenz- und Asylfragen](#)
- Datum des Dokuments: 20. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 13171/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Gesamtzustand des Schengen-Raums - Schengen-Barometer +

- Wichtige Punkte:
 - Ein weitreichendes Dokument
 - Die Schleusung von Migranten wird als Hauptbedrohung für die "innere Sicherheit" dargestellt
 - Verteilt vor der Sitzung des Schengen-Rates am 10. Oktober

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- Autor: Dienststellen der Kommission
- An: Delegationen
- Datum des Dokuments: 23. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 13507/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Status und Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, nach einer negativen Asylentscheidung - Diskussionspapier

- Wichtige Punkte:
 - *Statewatch* berichtet [hier](#) darüber
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: Arbeitsgruppe Asyl
- Datum des Dokuments: 25. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 13517/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Überprüfung des Status von Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz - Diskussionspapier

- Wichtige Punkte:
 - *Statewatch* berichtet [hier](#) darüber
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: Arbeitsgruppe Asyl
- Datum des Dokuments: 25. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 13518/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Jahresbericht im Rahmen des Verfahrens zur Aussetzung der Visumpflicht: Halbzeitbewertung und Input für den nächsten Bericht

- Wichtige Punkte:
 - Das Dokument geht auf einen Vorschlag des belgischen Ratsvorsitzes für einen gemeinsamen Ansatz zur Bewertung des Jahresberichts der Kommission über den Mechanismus zur Aussetzung der Visumpflicht zurück
 - Das Dokument enthält nur wenige inhaltliche Informationen, außer in Bezug auf Visa für kosovarische Staatsangehörige.
 - Schließt mit Fragen an die Delegationen, die für die Diskussionen in der Arbeitsgruppe "Visa" bestimmt sind
- Autor: Belgische Präsidentschaft des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Visa"](#)
- Datum des Dokuments: 15. Mai 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 9888/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Diskussion über VIS-Statistiken und Asyl zum Auftakt

- Wichtige Punkte:
 - Das Papier gibt einen einleitenden Überblick für eine Diskussion über den "Missbrauch von Visa durch Staatsangehörige aus visumpflichtigen Ländern".
 - Da es keine Statistiken gibt, ist es "derzeit unmöglich, das Ausmaß dieses Phänomens zu beurteilen".
 - Die Diskussion soll einen ersten Schritt zur Lösung dieses Problems darstellen

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

- Siehe auch die folgenden Präsentationen
- Autor: Belgische Präsidentschaft des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe Visa/Gemischter Ausschuss \(EU-Island/Norwegen und Schweiz/Liechtenstein\)](#)
- Datum des Dokuments: 19. Juni 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 11228/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Eröffnungsdiskussion über VIS-Statistiken und Asyl (Präsentationen)

- Wichtige Punkte:
 - Enthält Präsentationen aus Belgien, Schweden und der Europäischen Kommission über den Zusammenhang zwischen Visa und Asyl
 - Belgische Präsentation: Verständnis des Zusammenhangs zwischen Visum und Asyl anhand von VIS [Visa-Informationssystem]-Treffern
 - Schwedische Präsentation: Nutzung des VIS im Asylverfahren
 - Präsentation der Europäischen Kommission: VIS-Statistiken und Asyl
- Verfasser: Generalsekretariat des Rates
- An: [Arbeitsgruppe "Visa"](#)
- Datum des Dokuments: 26. Juni 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument WK 9149/2024 INIT](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Bewertung des belgischen Ratsvorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - Präsentation, die einen Überblick über die unter der belgischen Präsidentschaft durchgeführten Arbeiten gibt und legislative Änderungen, strategische Diskussionen und "Sonstiges" umfasst
- Autor: Belgische Präsidentschaft des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Visa"](#)
- Datum des Dokuments: 24. Juni 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument WK 9052/2024 INIT](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

Prioritäten des kommenden ungarischen Ratsvorsitzes

- Wichtige Punkte:
 - Eine Präsentation, in der die Prioritäten des ungarischen Ratsvorsitzes im Bereich Justiz und Inneres dargelegt werden, darunter auch die "Verstärkung der gemeinsamen Anstrengungen in der externen Dimension der Migration".
 - Enthält auch Prioritäten für die Arbeitsgruppe "Visa"
- Autor: Kommende Präsidentschaft
- An: [Arbeitsgruppe "Visa"](#)
- Datum des Dokuments: 24. Juni 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument WK 9053/2024 INIT](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Vorschlag für eine Reaktion der EU auf die "Auslegungserklärung" der Republik Belarus vom 31. Juli 2023 zu Artikel 20 des Zusatzprotokolls gegen die Schleusung von Migranten auf dem Land-, See- und Luftweg zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität - Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen - ÜBERARBEITETE FASSUNG

- Wichtige Punkte:
 - Entwurf einer Note der EU an die UN
 - Bezieht sich auf einen Streit über den Versuch von Belarus, eine bestimmte Auslegung des Völkerrechts vorzulegen
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe "Integration, Migration und Ausweisung" \(IMEX-Ausweisung\)](#)Arbeitsgruppe "Völkerrecht"
- Datum des Dokuments: 24. Juli 2024
- Dokumentennummer: [WK 10337/2024 REV 1](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Auf dem Weg zu einem strategischeren Ansatz in der EU-Visumpolitik - Entwicklung von Schlussfolgerungen des Rates

- Wichtige Punkte:
 - Ungarischer Ratsvorsitz versucht, eine Reihe von Ratsschlussfolgerungen zur EU-Visapolitik zu entwickeln
 - Das Dokument geht auf verschiedene Aspekte der Visumpolitik und mögliche Änderungen ein, darunter die Überarbeitung des Mechanismus zur Aussetzung der Visumpflicht, die mögliche Anwendung des Europäischen Reisegenehmigungs- und Informationssystems (ETIAS) mit "restriktiven Maßnahmen" in Fällen des "Missbrauchs" der visumfreien Regelung, das neu gestaltete Visa-Informationssystem und Statistiken über Visa und Asyl sowie "Visasanktionen" zur Förderung der Zusammenarbeit bei Abschiebungen
 - In dem Dokument wird auch dargelegt, wie Verhandlungen über Visumabkommen mit Drittländern genutzt werden könnten, um eine Zusammenarbeit in Sicherheits- und Migrationsfragen zu erreichen
- Autor: Ungarischer Vorsitz des Rates der EU
- An: [Arbeitsgruppe Visa/Gemischter Ausschuss \(UE-Island/Norwegen und Schweiz/Liechtenstein\)](#)
- Datum des Dokuments: 6. September 2024
- Dokument Nummer: [Ratsdokument 12930/24](#)
- Klassifizierung: LIMITE

Die Ursachen der Katastrophe ignorieren: die EU und der Sudan

- Medienbüro Horn von Afrika, c/o migration-control.info

Im Juni übermittelte die belgische EU-Ratspräsidentschaft der Gruppe "Externe Aspekte von Asyl und Migration" (EMWP) ein Papier über den Sudan. Das Dokument bietet einen Überblick über die Situation von Krieg und Vertreibung in diesem Land, die seit April 2023 andauert. Es lässt mehrere Punkte aus, die für ein sinnvolles Verständnis der Situation entscheidend sind.

Verbesserung der "Resilienz"

Dokument:

- [Die aktuelle Lage im Sudan und ihre Auswirkungen auf die Region - Papier des Vorsitzes](#) (pdf)
- [Outsourcing der Grenzen des Dokumentenarchivs](#)

Der einleitende Abschnitt des Papiers macht deutlich, dass das Interesse der EU an dem Land mit ihrer Agenda zur Migrationskontrolle verbunden ist.

Die belgische Präsidentschaft (die von Januar bis Juni 2024 im Amt ist) erklärte, sie wolle die "Grundursachen von Migration und Vertreibung" angehen und eine "ausgewogene Zusammenarbeit mit den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern und den Aufbau von Partnerschaften" anstreben. Dies erfordere eine "kontinuierliche Überwachung der Migrationsrouten", um "die potenziellen Auswirkungen der Krisensituationen auf die Europäische Union und die Instrumente, die uns zur Verfügung stehen, um unsere Widerstandsfähigkeit zu verbessern, zu analysieren."

Die Sudanesen haben gute Gründe zu fliehen. Der anhaltende Krieg war von Anfang an darauf ausgerichtet, das soziale Gefüge der sudanesischen Revolution zu zerstören, die im Dezember 2018 begann und im Oktober 2021 durch den Putsch der Generäle gestürzt wurde.

Es gibt keine legitime Regierung, mit der Friedensverhandlungen geführt werden könnten. Es gibt zwei Konfliktparteien: die Schnellen Eingreiftruppen (RSF) unter der Führung von Hemmeti (Mohamed Hamdan Dagalo), die zuvor durch eine [EU-Partnerschaft](#) legitimiert wurden, [um](#) als Grenzschrützer zu fungieren. Die RSF sind aus den Dschandschawid hervorgegangen, die in den frühen 2000er Jahren für den Völkermord in Darfur verantwortlich waren, und agieren in einer engen Koalition mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE). Die andere Partei sind die sudanesischen Streitkräfte (SAF) und ihre islamistischen Unterstützer, die hoffen, [den Krieg und die Macht](#) für die nächsten 20 Jahre [zu gewinnen](#).

Die Vereinigten Arabischen Emirate und RSF nehmen an den [von den USA geführten Friedensverhandlungen](#) teil und erklären sich bereit, humanitäre Hilfe für die Menschen zu leisten, die sie selbst aus Darfur, Khartum, Gezira, Gedarif und dem Blauen Nil vertrieben und damit die weltweit größte humanitäre [Krise](#) und [Binnenvertreibung](#) verursacht haben. Der norwegische und der dänische Flüchtlingsrat sprechen von einer Hungerkrise von

Grenzen auslagern: Überwachung der EU-Politik zur Externalisierung
Bulletin 3, 14. Oktober 2024

"historischem Ausmaß". Der Sudan wird nach dem Krieg nicht mehr derselbe sein. Die Agrarindustrie und große Viehherden werden sich über die Gebiete ausbreiten, in denen die Menschen früher lebten. Die Goldminen werden geplündert sein, und die Städte werden zu Orten der Armut verkommen.

Zehn Millionen Vertriebene, zwei Millionen, die in die Nachbarländer geflohen sind - doch die Hauptsorge der EU gilt den 8.000 Sudanesen, die es "illegal" in die EU geschafft haben, die meisten von ihnen auf der tödlichen Route über das Mittelmeer. In dem Dokument ist von "Resilienz" die Rede. Es geht um die "europäische" Resilienz, nicht um die der Menschen auf der Flucht. Was ist im Zusammenspiel zwischen Küstenwache und Milizen, dem EU-Asylsystem und Frontex unter Resilienz zu verstehen, außer "sie draußen zu halten"?

Was das Dokument richtig beschreibt

In Abschnitt 2 dieses Dokuments wird die Situation im Sudan korrekt beschrieben: die Katastrophe, die Kriegsparteien, die gescheiterten Friedensverhandlungen und humanitären Konferenzen. Auch im dritten Abschnitt, der sich mit den Auswirkungen der Flüchtlingsbewegungen auf die Nachbarländer befasst, gibt es nicht viel zu kritisieren. Die Auflistung der Zahlen ist korrekt, ebenso wie die Beschreibung der schwierigen Situation in den Flüchtlingslagern im Tschad, der Lage der illegalisierten Flüchtlinge in Ägypten und der Rückstöße von dort in das Kriegsgebiet. Es ist in der Tat unmöglich, das Ausmaß der derzeitigen Katastrophe im Sudan zu verbergen.

Einen Monat nach der Veröffentlichung des Dokuments nahm die Schweiz unter der Schirmherrschaft der USA Verhandlungen auf. Sie scheiterten, weil die USA und die EU die gleiche Struktur einer extraktiven und abhängigen Wirtschaft reproduzieren wollen, indem sie neoliberale Fraktionen an die Macht bringen. Dabei wird die Stimme der Mehrheit des sudanesischen Volkes, die in der weit verbreiteten Basisorganisation der Widerstandskomitees vertreten ist, und ihre politische Vision zur Beendigung des Krieges ignoriert.

Es gibt jedoch vieles, was in dem Papier nicht gesagt wird.

Was das Papier verbirgt

"Weitere Mittel wurden mit internationalen Durchführungspartnern vertraglich vereinbart (nachdem keine politischen Verpflichtungen gegenüber staatlichen Behörden eingegangen wurden, was bedeutet, dass den faktischen Behörden keine Mittel zur Verfügung gestellt werden)."

Was die internationalen Partner betrifft, so segeln die VAE unter der Flagge des Roten Halbmonds und liefern mit denselben Frachtflugzeugen Hilfsgüter und Waffen. Andere wichtige Akteure, die humanitäre Hilfe im Sudan leisten, werden in dem Dokument nicht erwähnt oder von der EU unterstützt. An erster Stelle sind hier die zahlreichen Widerstandskomitees zu nennen, die in vielen Regionen noch aktiv sind.

Diese Komitees waren die wichtigste Errungenschaft der Zivilgesellschaft in der Revolution, aber sie werden von allen beteiligten internationalen Akteuren zermürbt, und die Bevölkerung wird auf ein humanitäres Problem reduziert, das es zu verwalten gilt. Das EU-

Papier beschreibt die Zerstörung "des sozialen Gefüges in einem katastrophalen Ausmaß". Die Errungenschaften der Revolution, die dazu hätten beitragen können, dieses soziale Gefüge zu reparieren, werden durch die von der EU und anderen Akteuren mit den VAE in den [Genfer](#) Friedensgesprächen getroffene Vereinbarung untergraben - wenn nicht sogar ganz ausgelöscht.

"Der sich verändernde geopolitische Kontext macht den Sudan noch wichtiger für die geostrategischen Interessen der EU."

"Geostrategische Interessen" - dieser Schuh ist eine Nummer zu groß für die EU. Ostafrika ist zum Spielball der Interessen der Emirate und, in geringerem Maße, der Interessen Saudi-Arabiens, Ägyptens, Äthiopiens und der Türkei geworden. Europa orientiert sich an den Interessen der Golfstaaten, insbesondere der Emirate, die die USA gerade zu ihrem [wichtigsten regionalen Verbündeten](#) erklärt haben. Der alte Westen braucht Petrodollars und Energiepartnerschaften in einem Umfang, der weit über das hinausgeht, was Ostafrika bieten könnte.

Die Emirate verfolgen jedoch ihre eigene Strategie, bei der es nicht nur um Arbeitsmigranten geht, sondern auch um Logistik, Investitionen und Einfluss durch den "Gürtel der Bestechungsgelder" (der engere Verbindungen mit Dschibuti, Somalia, Äthiopien, Kenia, Ägypten und dem Tschad fördern soll). Seit der arabischen Revolution hat das Land außerdem konsequent [eine konterrevolutionäre Agenda verfolgt](#), die sich gegen demokratische Bewegungen und für eine islamistische Politik richtet. Die EU lässt die Emirate wohl oder übel gewähren. Diese geopolitischen Konstellationen sind eine der Ursachen für viele Probleme in der Region, insbesondere für die Vertreibung der Bevölkerung und die überfüllten Flüchtlingslager im Tschad, in Kenia und anderswo.

Eindämmung von Flüchtlingen über alles

Die wichtigste Ursache für die Probleme der EU in Ostafrika, Westasien und Nordafrika (WANA) ist jedoch, dass die Bemühungen um die Eindämmung von Flüchtlingen Vorrang vor allen anderen politischen Prioritäten haben. Dies hat dazu geführt, dass die EU [jahrelang die RSF-Miliz unterstützt](#) und damit zu ihrem internationalen Ansehen beigetragen hat. Allein aus diesem Grund ist die EU mitverantwortlich für den Aufstieg der RSF zu einem internationalen Akteur.

Viel wichtiger ist in unseren Augen jedoch der sehr hohe Preis für die Eindämmung von Flüchtlingen in Nordafrika, an der die EU sowohl mit offenen als auch mit verdeckten Mitteln beteiligt ist. Das EU-Papier erwähnt etwa 8.000 Flüchtlinge aus dem Sudan, die sich über die zentrale Mittelmeerroute durchgeschlagen haben, aber es erwähnt nicht die Zehntausende, die in Libyen und Tunesien gestrandet sind und derzeit [in informellen Lagern in Olivenhainen ihr Leben fristen oder in die Wüste abgeschoben werden](#), nachdem ihre Boote von der tunesischen Küstenwache abgefangen wurden.

Alternative Ansätze für die EU zur Unterstützung des Sudan

Dies ist nicht der richtige Ort, um über die politischen Präferenzen der europäischen Wählerschaft zu diskutieren. Diese stehen im krassen Widerspruch zu den globalen

Entwicklungen und verursachen eine tiefe Krise in den westlichen Demokratien. Es wäre die Aufgabe der politischen Klasse gewesen, einen Ausgleich zwischen den europäischen Wählern und den Interessen der Bevölkerungen im globalen Süden zu schaffen. Stattdessen folgen sie rechten Narrativen und schaufeln damit ihr eigenes Grab.

In Bezug auf den Sudan könnte diese politische Verantwortung in drei Bereichen ihren Ausgangspunkt finden:

Es gibt Möglichkeiten, die Widerstandskomitees (RCs) im Sudan zu unterstützen und sie in das Szenario der Friedenslösungen einzubeziehen. Dies hält zumindest Teile des sudanesischen Sozialgefüges am Leben und schafft gleichzeitig Mechanismen zur Verteilung der humanitären Hilfe im Land, wo sie nicht weniger benötigt wird als in den Flüchtlingslagern. Investitionen in die RCs sind der einzige Weg, um zu verhindern, dass Flüchtlinge gezwungen werden, die Grenzen zu überschreiten, und um die letzten Ressourcen der Demokratie für den Sudan zu retten.

Es wäre möglich, dass die EU eine kritische Distanz zum neuen regionalen Imperialismus der Emirate wahrt, der einen Kapitalismus fördert, der die Menschen nur als mobile Arbeitskräfte nutzt und sie ansonsten am besten in Flüchtlingslagern unterbringt.

Aufnahme von sudanesischen Flüchtlingen in der EU, so wie es die Ukrainer getan haben. Diese Menschen würden Geld verdienen und ihre Verwandten unterstützen, so gut sie können. Das würde weit mehr an Überweisungen einbringen, als die EU jemals mobilisieren könnte.

Die EU stellt in der Tat beträchtliche Mittel für humanitäre Zwecke zur Verfügung. In ähnlicher Weise stellen auch die Emirate eine Menge Geld zur Verfügung. Aber das ist Geld mit einem Beigeschmack: Die Emirate wollen die Menschen loswerden, die ihre Investitionen stören, während die EU versucht, Flüchtlinge abzuwehren. In gewisser Weise ist dies eine Allianz der Schurken.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Dokument die Blindheit - oder das bereitwillige Schweigen - der EU gegenüber zwei kritischen Themen deutlich macht:

Die Rolle der VAE beim Anheizen des Sudankrieges, die selbst der Sicherheitsrat in seinem [Bericht vom April 2024](#) nicht ignorieren konnte

Die VAE haben eine besonders destabilisierende Rolle im laufenden Sudan-Konflikt gespielt und einen Krieg verschärft, der die Region bereits verwüstet und die internationalen humanitären Ressourcen überfordert hat. Durch die Bereitstellung umfangreicher Militärhilfe und finanzieller Unterstützung für die Rapid Support Forces (RSF) haben die VAE einen der aggressivsten Akteure im sudanesischen Konflikt gestärkt.

Diese Unterstützung von außen hat zur Eskalation und Verlängerung der Feindseligkeiten beigetragen und es beiden Seiten erschwert, Frieden zu schließen oder mit internationalen Vermittlern einen Waffenstillstand auszuhandeln. Diese Intervention hat nicht nur die Gewalt angeheizt, sondern auch die Nachbarregionen destabilisiert, die humanitäre Hilfe weiter in

Anspruch genommen und eine Massenflucht ausgelöst, bei der Millionen Menschen aus den Konfliktgebieten geflohen sind.

Trotz internationaler Verurteilung spiegelt die anhaltende Einmischung der VAE in den Sudan umfassendere geopolitische Ambitionen wider, die die schwerwiegenden humanitären Folgen außer Acht lassen und die VAE zu einem entscheidenden Faktor in der sich verschärfenden Krise im Sudan machen.

Die Missachtung der sudanesischen Widerstandskomitees (RCs) durch die EU hat die Bemühungen um Friedenskonsolidierung und die lokale Widerstandsfähigkeit im Sudan entscheidend geschwächt

Diese Basisorganisationen, die in den sudanesischen Gemeinden verwurzelt sind und im Mittelpunkt des zivilen Widerstands stehen, sind eine starke Stimme für demokratische Regierungsführung und soziale Gerechtigkeit. Durch die Ausgrenzung der RCs hat es die internationale Gemeinschaft versäumt, eine der am besten organisierten und wirkungsvollsten Kräfte des Sudan für den Frieden zu nutzen.

Dieser Ausschluss entfremdet die lokalen Akteure, die über unschätzbare Kenntnisse des soziopolitischen Gefüges des Konflikts verfügen und maßgeblich an der Mobilisierung der Unterstützung der Gemeinschaft für den gewaltlosen Widerstand und den demokratischen Übergang beteiligt sind.

Ohne die Einbindung dieser Gruppen besteht die Gefahr, dass Friedensinitiativen als vom Willen der sudanesischen Bevölkerung abgekoppelt wahrgenommen werden, was ihre Legitimität und Wirksamkeit beeinträchtigt. Die Anerkennung und Einbeziehung der RCs ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Bemühungen zur Friedenskonsolidierung nachhaltig sind und auf lokaler Unterstützung beruhen, was für eine dauerhafte Lösung der sudanesischen Krise entscheidend ist.

EU-Unterstützung für gewalttätige und autoritäre Regime: kein Ende in Sicht

- Yasha Maccanico, *Statewatch*

Die Migration über das zentrale Mittelmeer ist seit über einem Jahrzehnt ein ständiges Thema in der EU. Im Juli erörterte die Arbeitsgruppe "Externe Aspekte der Migration" des Rates ein von der ungarischen Ratspräsidentschaft verfasstes Papier. Darin wird mit Blick auf Ägypten, Libyen und Tunesien argumentiert, dass die Herausforderungen im Jahr 2023 "tiefer und komplexer geworden sind". Dazu gehören Gefahren auf See und Mängel bei den Lebensbedingungen, der Infrastruktur und der humanitären Hilfe an Land. Wie üblich wird die Rolle der EU-Migrationspolitik bei der Entstehung dieser "Herausforderungen" kaum erwähnt.

Daten: Anstieg der Grenzübertritte im zentralen Mittelmeerraum seit drei Jahren

Dokument:

- [Überblick über die Zentral-Mittelmeer-Route - Papier des Vorsitzes](#) (pdf)
- [Outsourcing der Grenzen des Dokumentenarchivs](#)

Im Jahr 2023 nahmen die irregulären Grenzübertritte im zentralen Mittelmeerraum das dritte Jahr in Folge zu. Die folgende Anzahl von Personen wurde als Grenzgänger registriert:

- 2021: 67,724
- 2022: 105,561
- 2023: 158,020

Die wichtigsten registrierten Nationalitäten waren Bangladescher, Ägypter, Guineer, Tunesier und Ivorer. Es gibt auch eine wachsende Zahl von burkinischen, malischen und sudanesischen Personen. Die Ankünfte nordafrikanischer Staatsangehöriger waren 2023 rückläufig:

- -57,2% der Algerier
- -45,1% der Ägypter
- -1,8% der Tunesier

Libyen ist mit 56 % der Gesamtzahl zum wichtigsten Abreiseland geworden und hat damit Tunesien abgelöst. Auf den Rückgang im dritten Quartal 2023 folgte ein Anstieg der Ankünfte ab März 2024. Saisonale Unterschiede, die auch von den Wetterbedingungen abhängen, sind nicht ungewöhnlich. Die Steigerungsrate war jedoch geringer als im Vorjahr, heißt es in dem Dokument.

Hauptfaktoren für die jüngsten Veränderungen

Der ungarische Ratsvorsitz führt diese Veränderungen auf einige wesentliche Faktoren zurück. Der erste ist die "umfassende Partnerschaft" der EU mit Ägypten und Tunesien, die sich auf die Politikbereiche Migration und Mobilität erstreckt. Er führt sie auch auf die

"Bemühungen der libyschen und tunesischen Behörden zur Bekämpfung des Schmuggels und zum Schutz der Grenzen" zurück.

Das Papier bringt die Verschärfung der Maßnahmen gegen irreguläre Migration in diesen Ländern auch mit endogenen Faktoren in Verbindung. Dazu gehören beispielsweise eine "angespannte wirtschaftliche Lage" und eine "negative öffentliche Wahrnehmung der Migration". Die Förderung von Abschiebungen aus nordafrikanischen Ländern wird "voraussichtlich eine Priorität bleiben".

Die Unterstützung der EU für diese Faktoren wird trotz der erschreckenden Folgen für die Menschenrechte auch weiterhin eine Priorität bleiben. Dazu gehören auch die laufenden Bemühungen um eine verstärkte polizeiliche Zusammenarbeit mit nordafrikanischen Staaten. Das Dokument verweist auf einen polizeilichen Aktionsplan der EU, der die Aufdeckung und Zerschlagung von Gruppen des organisierten Verbrechens, die in den Schmuggel verwickelt sind, durch die Einrichtung spezieller "investigativer/operativer" Task Forces vorsieht.

Der Aktionsplan umfasst auch Bemühungen um:

- Verbesserung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen in Echtzeit mit Europol und Eurojust; und
- Verbesserung der Ermittlungen in den "Herkunfts-, Transit- und Zielländern" entlang des zentralen Mittelmeers.

Was die Ermittlungen betrifft, so heißt es in dem Dokument des Ratsvorsitzes, dass die operative Task Force (OTF) von Europol für den Mittelmeerraum, die im Rahmen des 2023 vereinbarten [Zehn-Punkte-Plans für Lampedusa](#) eingerichtet wurde, "zu fruchtbaren Ergebnissen führt". Sie wird als ein Mittel zur "Verbesserung der operativen Zusammenarbeit" mit den Mitgliedstaaten und darüber hinaus betrachtet.

Die Zurückhaltung Ägyptens gegenüber Vereinbarungen und Zusammenarbeit mit Europol

Trotz dieser warmen Worte scheinen nicht alle Partner der EU in Nordafrika so sehr an einer verstärkten polizeilichen Zusammenarbeit interessiert zu sein. In dem Dokument wird festgestellt, dass Ägypten sowohl einer Erklärung zu Migration und Mobilität als auch einer verstärkten Zusammenarbeit mit Europol nur zögerlich zustimmt.

In dem Dokument wird beschrieben, dass Ägypten einen "großen Bestand an Migranten" hat, aber [seit 2017](#) keine nennenswerten Ausreisen mehr verzeichnet. Es ist jedoch ein Transitland für Menschen, die Abflugorte, hauptsächlich in Libyen, erreichen wollen. In dem Papier heißt es, dass "Statistiken mit Zahlen aus dem Jahr 2022" ägyptische Staatsangehörige unter den zehn wichtigsten Nicht-EU-Staatsangehörigen aufführen, die der Beteiligung am Menschenhandel verdächtigt werden. Es ist nicht klar, wessen Statistiken hier zitiert werden.

Auch das Aufkommen von "hybriden Schmuggelpaketen" wird festgestellt. Diese umfassen legale, halblegale und irreguläre Reisen durch Ägypten zu anderen Ausgangspunkten. Darüber hinaus wurde im März 2024 eine [Strategische und Umfassende Partnerschaft](#) ins

Leben gerufen, die von 2024 bis 2027 mit 7,4 Mrd. EUR unterstützt wird. Sie umfasst sechs Säulen:

- politische Beziehungen;
- wirtschaftliche Stabilität;
- Handel und Investitionen;
- Migration und Mobilität;
- Sicherheit und Demografie; und
- Humankapital.

Seitdem hat die Kommission eine gemeinsame Erklärung zu Migration und Mobilität vorgeschlagen, die sich auf die Bereiche Grenzschutz, Bekämpfung von Schmuggel und Menschenhandel, Rückkehr (ägyptischer Staatsangehöriger aus der EU und freiwillige Rückkehr aus Ägypten in die Herkunftsländer) und Wiedereingliederung, legale Migration, Mobilität der Arbeitskräfte und Asyl bezieht.

Trotz dieser Maßnahmen hat die ägyptische Seite laut dem Vermerk des ungarischen Ratsvorsitzes "noch kein Interesse am Abschluss einer gemeinsamen Erklärung zu Migration und Mobilität gezeigt". Ebenso hat sie "kein großes Interesse" an der Aushandlung eines Abkommens über den "Austausch personenbezogener Daten mit Europol" gezeigt.

Vielleicht ist es diese Zurückhaltung, die die EU-Kommissarin für Migration und Inneres, Ylva Johansson, Anfang September nach Kairo reisen ließ, um [zu versuchen, die ägyptischen Minister zu überzeugen](#). Der ungarische Außenminister war in der darauffolgenden Woche vor Ort und schlug einen ganz [anderen Ton an als Johansson](#). Er sagte: "Brüssel stellt eine Gefahr dar, während Kairo Europas Beschützer ist, wenn es um Migration geht."

Auch in anderen Foren werden Diskussionen stattfinden: Ein hochrangiger Migrationsdialog mit Ägypten, an dem der Europäische Auswärtige Dienst und zwei Generaldirektionen der Kommission teilnehmen, wurde für den 16. Juli 2024 angesetzt.

Tunesien: Bewältigung der zunehmenden Ausreisewelle ohne Rücksicht auf autoritäres Vorgehen

Der Zustrom von Menschen aus Tunesien erreichte in Italien im Jahr 2022 eine Rekordzahl (32.371 Personen). Dies geschah nach einer autoritären Wende unter Präsident Kais Saied. Dieser Trend setzte sich 2023 fort, als sich die Zahl der ankommenden Menschen auf 99 000 verdreifachte. Diese Zahlen führten unter anderem dazu, dass sich die EU für eine ["strategische und globale Partnerschaft"](#) mit Tunesien einsetzte, die im Juli 2023 beschlossen wurde.

Das Abkommen baut auf dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Tunesien auf und umfasst fünf "Säulen":

- makroökonomische Stabilität;
- Handel und Wirtschaft;

- grüne Energiewende;
- Kontakte von Mensch zu Mensch; und
- Migration und Mobilität.

In dem Papier des ungarischen Ratsvorsitzes wird festgestellt, dass die Säule Migration "hohe Priorität" hat. Gleichzeitig bleiben Informationsaustausch und Transparenz "von zentraler Bedeutung". Doch wie Ägypten hat auch Tunesien kein Interesse am Abschluss eines Abkommens über den Informationsaustausch mit Europol gezeigt, trotz laufender Verhandlungen auf der Grundlage einer Ermächtigung des Rates aus dem Jahr 2018.

Trotzdem fließen EU-Mittel in das Land.

Von den 105 Millionen Euro, die aus dem EU-Haushalt für Hilfe und Entwicklung, dem Instrument für Nachbarschaft, Zusammenarbeit und internationale Entwicklung (NDICI), bereitgestellt werden, wurden 53 Millionen Euro für migrationsbezogene Projekte im Jahr 2024 vertraglich festgelegt. Dies kommt zu den laufenden Programmen in Höhe von rund 200 Millionen Euro hinzu.

Um dies zu untermauern, hebt der Ratsvorsitz den zweiten Runden Tisch der "Talentpartnerschaft", der im Juni 2024 in Tunis stattfand, als Beispiel für einen Erfolg hervor, der möglicherweise zu einer Einigung auf einen gemeinsamen Fahrplan und einen dritten Runden Tisch im Jahr 2025 führen wird. Die "Talentpartnerschaften" sollen die Arbeitsmigration in die EU erleichtern.

Neben der Unterstützung der tunesischen Behörden beim Abfangen versuchter Überfahrten über das Meer hat die EU mehr "freiwillige Rückführungen" von Menschen aus Tunesien in ihre Herkunftsländer ermöglicht. Dies führte dazu, dass zwischen Januar und Mai 2024 3.300 Menschen "freiwillig" zurückgeführt wurden. Dies ist ein erheblicher Anstieg im Vergleich zu den 2 500 Personen, die im Jahr 2023 zurückgeführt wurden.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage im Land verschlechtert. Die Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen durch das UNHCR wurde durch eine "Verschlechterung der Situation für Migranten in Tunesien" behindert, heißt es in dem Papier. Dies ist ein seltenes Eingeständnis schädlicher Entwicklungen in dem nordafrikanischen Land. Es wird jedoch nicht erwähnt, wer für diese Verschlechterung verantwortlich ist. Ebenso wenig wird ein Zusammenhang mit der Externalisierung der EU-Migrationspolitik hergestellt, obwohl [dies von der Zivilgesellschaft immer wieder gefordert wird](#).

Libyen in einem unzusammenhängenden Kontext

Die Präsidentschaft stellt fest, dass die politische Situation in Libyen es schwierig macht, Frieden und Stabilität zu erreichen. Sie führt dies auf das Vorhandensein von zwei Exekutivbehörden zurück: die Regierung der nationalen Einheit in Tripolis und die Regierung der nationalen Stabilität im Osten des Landes. Sie vergisst zu erwähnen, dass die "Küstenwache" des Landes ebenfalls zersplittert ist.

Trotzdem hat sich das bilaterale Engagement zwischen der EU und den Behörden in Tripolis nach der Konferenz der Kommission im November 2023, auf der eine "Globale Allianz zur

Bekämpfung des Menschen Schmuggels" ins Leben gerufen wurde, verstärkt. In der Mitteilung des Ratsvorsitzes heißt es, dass die Zusammenarbeit in vielen Bereichen verstärkt werden könnte, darunter:

- Grenzverwaltung;
- Such- und Rettungsaktionen;
- Verhinderung von Abflügen;
- wirksame Steuerung der Migration;
- Erhöhung der "freiwilligen humanitären Rückkehr";
- Verbesserung des internationalen Schutzes; und
- Menschenrechte und Zusammenarbeit im Bereich der Arbeitsmigration.

Die Mitgliedstaaten, die Kommission und der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) haben als Grundlage für die Zusammenarbeit mit Libyen Zurückhaltung, Graduierung und eine wirksame Überwachung der Umsetzung vorgeschlagen. Dennoch scheint es, dass der Austausch intensiv war.

Im Februar reisten die Generaldirektion Migration und Inneres (GD HOME), die Generaldirektion Nachbarschafts- und Erweiterungsverhandlungen (GD NEAR) und der Europäische Auswärtige Dienst zu einem Meinungs austausch mit den libyschen Behörden nach Tripolis. Die libysche Seite zeigte sich an einer Verbesserung der Zusammenarbeit im Süden und Osten des Landes interessiert. Sie legten "besonderen Wert auf die Stärkung der Aufnahmezentren und die Förderung der freiwilligen Rückkehr".

Im Mai besuchte eine libysche Delegation Brüssel. Dort bekräftigten sie ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der "Bekämpfung der illegalen Migration, der Verstärkung von Such- und Rettungsaktionen und der Verbesserung des Zugangs zu Aufnahmezentren für internationale Organisationen und zur Unterstützung von Flüchtlingen". Die EU-Seite sprach von alternativen Lösungen zur Inhaftierung und einer Vereinfachung der Verfahren, um die "freiwillige" Rückkehr zu fördern.

Vom 29. Juni bis 2. Juli reiste eine EU-Delegation nach Tripolis und Benghazi. In Tripolis erörterten sie eine umfassende Migrationsagenda. Die Beziehungen waren dynamisch und "positiv". In Benghazi fand das Treffen zwischen den zuständigen Behörden statt und war rein technischer Natur.

Im Verborgenen: Was ungesagt bleibt

Erstens legt das Papier der Präsidentschaft den Schwerpunkt stark auf Strafverfolgungs- und Kontrollmaßnahmen, ohne deren Auswirkungen zu berücksichtigen. Es ignoriert die Möglichkeit, dass das migrationspolitische Modell der EU und die Verfolgung der Bürger durch autoritäre Regime die Ursache für die bestehenden "Herausforderungen" sein könnten.

Dennoch wird diese offensichtliche Möglichkeit ignoriert und behauptet:

"In den kommenden Monaten wird sich zeigen, ob die bisherigen Kooperationsbemühungen die Ursachen der illegalen Migration bekämpfen können und nicht nur die Folgen.

Zweitens wird kaum eingeräumt, dass die EU mit gefährlichen Gruppen zusammenarbeitet. Die libyschen Milizen werden zwar beiläufig als "bewaffnete Gruppen" erwähnt, andere werden jedoch ignoriert. Dazu gehören Institutionen, die von Milizen unterwandert oder mit ihnen verflochten sind. Diese Verflechtung wurde nach der [Ermordung von Abd al-Rahaman al-Milad](#) (auch bekannt als Bija) noch deutlicher. Bija, ein Kommandant der libyschen Küstenwache in Zawiya, wurde ebenfalls beschuldigt, kriminellen Gruppen anzugehören, die mit dem illegalen Handel in Verbindung stehen. Er wurde am 1. September in Tripolis bei einer Schießerei im Stil einer Bande getötet. Die Unterstützung der EU für solche Organisationen und Einzelpersonen könnte dazu dienen, deren Gewinne zu steigern. Dies ist auf die wiederholten Überquerungsversuche derselben Personen zurückzuführen, die in einem Kreislauf aus Abfangen auf See und Festhalten in Libyen gefangen sind.

Laufende Gerichtsverfahren versuchen ebenfalls, die Rechtswidrigkeit der Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten aufzuzeigen. Im September 2024 reichte die Seenotrettungsorganisation *Mediterranea* vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) [Klage](#) gegen den italienischen Innenminister Matteo Piantedosi ein. Piantedosi hatte sich damit gebrüstet, dass im Jahr 2024 16.220 Menschen aufgegriffen und nach Libyen zurückgebracht wurden. Anfang Oktober [reichten Refugees in Libya](#) und *Front-Lex* [eine Klage](#) gegen Frontex ein. Sie fordern, dass Frontex den libyschen Behörden nicht mehr den Standort von Booten in Seenot mitteilt. Trotzdem [geht die](#) Zusammenarbeit zwischen Frontex und der libyschen Küstenwache [unvermindert weiter](#).

Drittens ist es widersprüchlich, dass es im Abschnitt über Tunesien heißt, dass alle von der EU finanzierten Aktivitäten "im Einklang mit dem Völkerrecht in der Achtung der Menschenrechte und der Menschenwürde aller Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber verankert sein sollten".

Die tunesischen Behörden haben [eine Welle von Repressionen](#) gegen politisch Andersdenkende, die Zivilgesellschaft, die Medien und Anwälte ausgelöst. Hinzu kommen rassistische Äußerungen und offene Gewalt gegen die schwarze Bevölkerung des Landes, gegen Menschen auf der Flucht und gegen Menschen, die sich mit ihnen solidarisieren. Nach der Unterzeichnung der "strategischen und globalen Partnerschaft" [verschärften sich die](#) Menschenrechtsverletzungen, insbesondere für Reisende, die durch Tunesien reisen.

Außerdem gefährde die tunesische Küstenwache [Leben durch](#) "illegale und gewalttätige Praktiken", so die Organisation *AlarmPhone*. Die Gruppe argumentiert, dass die "Stärkung der Abfangkapazitäten der tunesischen Nationalgarde" darauf abzielt, "ein Regime der Nichtunterstützung auf See und des 'push back by proxy' einzurichten."

Organisationen der Zivilgesellschaft auf beiden Seiten des Mittelmeers haben die Unterstützung der EU für Tunesien verurteilt und [ein Ende dieser Unterstützung gefordert](#). Es bleibt abzuwarten, wie sich die [90 % der Stimmen, die](#) Präsident Saied bei den jüngsten Wahlen erhalten hat, auf die Unterstützung der EU auswirken werden - wenn überhaupt.

Viertens ist die Zusammenarbeit mit Ägypten aus mehreren Gründen beunruhigend, nicht zuletzt wegen der gezielten Verfolgung politischer Gegner durch das al-Sisi-Regime. Außerdem wurden trotz des tobenden bewaffneten Konflikts [in großem Umfang](#) Flüchtlinge in den Sudan [zurückgeschoben](#).

Und schließlich wird jedes Abkommen, das den Austausch personenbezogener Daten zwischen Tunesien, Ägypten und Europol ermöglicht, wahrscheinlich [unzuverlässige oder verfolgungsrelevante Informationen](#) enthalten. Diese werden der EU-Polizeibehörde zur Verfügung gestellt und wären Teil der Datenquellen, die für die Überprüfung oder das Asylverfahren verwendet werden. Dies könnte das Leben der Menschen und ihr Recht, Asyl zu beantragen, gefährden.